

16 APR 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/72

Bonn, den 16. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: _____ Zeilen: _____

1 - 2	Betriebsrätewahlen und Urabstimmung in der Metallindustrie Belagschaften der Großbetriebe stehen hinter der IG-Metall Von Fritz Zschiesche Betriebspolitischer Referent beim Parteivorstand der SPD	58
2	Peinlich Zum Verschwinden von Rajakovic	25
3	Vor zwanzig Jahren Der große Aufstand im Getto von Warschau am 19. April 1943	40
4 - 5	Mittelpunktschulen Im Zentralpunkt bayerischer Schulpolitik	67
6	<u>Glosse:</u> Die geistigen Werte Ein Ostergespräch - belauscht im Omnibus Von Paul Leemar	40
7 - 8	Pyramide mit morschem Unterbau Alltag in Griechenland Von Dr. B. Mathicopoulos	95

Chefredakteur Günter Markscheffel

Betriebsrätewahlen und Urabstimmung in der Metallindustrie

Belegschaften der Großbetriebe stehen hinter der IG Metall

Von Fritz Zschiesche

Betriebspolitischer Referent beim Parteivorstand der SPD

Aus den bisher vorliegenden Ergebnissen der Betriebsrätewahlen in Großbetrieben der Metallindustrie geht eindeutig die beherrschende Stellung der IG Metall hervor. Diese Tatsache sollte angesichts der kritischen Entwicklung der Tarifsituation in diesem Wirtschaftszweig von den Arbeitgebern, aber auch zur richtigen Einschätzung der durch das Verhalten der Arbeitgeber-Verhandlungspartner entstandenen Lage von der Öffentlichkeit gebührend zur Kenntnis genommen werden.

Wenn von den in solchen Großbetrieben der Metallindustrie bisher gewählten Betriebsräten 86,7 Prozent der IG Metall angehören, kann sich jeder leicht ausrechnen, welchen Rückhalt diese Gewerkschaft bei spielsweise bei den angekündigten Urabstimmungen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bei den Betriebsräten und Belegschaften der Großbetriebe hat.

Was in dieser Geschlossenheit der Metall-Arbeitnehmerschaft insgesamt seinen Ausdruck findet, wird durch den IG Metall-Anteil der Arbeiter-Betriebsräte von 95,9 Prozent noch eindrucksvoller unterstrichen. Hier spielen die Splittergruppen der CGD (3,3 Prozent) und der Unorganisierten (0,8 Prozent) überhaupt keine Rolle und eignen sich noch nicht einmal für eine potentielle Streikbrecherrolle.

In 22 von bisher 64 ausgewerteten Großbetrieben bestehen die Betriebsräte nur aus IG Metall-Mitgliedern und in 49 dieser Betriebe sind alle Arbeiter-Betriebsräte Mitglieder der IG Metall.

Natürlich hat die CGD nichts unversucht gelassen, diese Vormachtstellung der IG Metall, wie auch die der DGB-Gewerkschaften in den anderen Industriezweigen, nach Möglichkeit zu reduzieren. Bei diesen Vorhaben erfreuten sie sich zweifellos der stillschweigenden Duldung, wenn nicht gar der wohlwollenden Unterstützung der Unternehmensleitungen, zumal diese im Gegensatz zu dem beispielhaften Streikverhalten der französischen christlichen Gewerkschaften beim Bergarbeiterstreik in Frankreich von der CGD eine aktive Streikteilnahme nicht zu befürchten brauchen.

An dem Abschneiden der vereinzelt aufgestellten CGD-Kandidaten kann festgestellt werden, daß es der CGD in einigen Betrieben, in denen bisher keine CGD-Betriebsräte vorhanden waren, gelungen ist, einzelne Kandidaten durchzubringen. Den größten Erfolg buchte die CGD im Hüttenwerk Salzgitter, in dem sie auf Anhieb sechs Betriebsräte von insgesamt 35 durchbrachte. Dieser auf persönliche Verärgerung eines erheblichen Teils der IG Metall-Mitglieder zurückzuführende Überraschungserfolg der CGD wurde durch den inzwischen erfolgten Übertritt von zwei CGD-Betriebsrätern zur IG Metall erheblich geschmälert. Ähnliche Ursachen dürfte die Verbesserung des CGD-Anteils von zwei auf vier Betriebsräte bei den Stahlwerken Südwestfalen in Geisweid gehabt haben. Dort bestehen seit Jahren erhebliche persönliche Spannungen zwischen Mitgliedern des Betriebsrates und dem Arbeitsdirektor.

Andererseits kann aus dem gleich stark gebliebenen CGD-Anteil in einer Reihe anderer Großbetriebe, so beispielsweise Volkswagenwerk Wolfsburg (5), Siemens-Schuckert-Werke, Schaltwerk Berlin (4), Phoenix-Rheinrohr, Werk Ruhrort (1), August Thyssenhütte, Duisburg (3) und

16. April 1963

Daimler-Benz, Werk Untertürkheim (1) sowie Werk Sindelfingen (1) geschlossen werden, daß hier die CGD zum Kristallisationspunkt der Unorganisierten bei Betriebsrätewahlen geworden ist.

Deutlich zeichnet sich hingegen ein Rückgang des CGD-Einflusses in solchen Betrieben ab, in denen bei vergangenen Betriebsrätewahlen entweder einen in den Belegschaften nicht organisatorisch verankerten Überraschungserfolg erringen konnten oder die Belegschaften feststellen mußten, daß die gewählten CGD-Betriebsräte den Anforderungen einer erfolgreichen Vertretung der Belegschaftsinteressen nicht gewachsen waren. So ging ihr Anteil bei den Jenabrücker Kupfer- und Drahtwerken von fünf auf vier und bei Daimler-Benz, Werk Mannheim, von zwei auf einen Belegschaftsvertreter zurück.

Soviel kann aber heute schon gesagt werden, bevor die bis zum Juni andauernden Betriebsrätewahlen beendet sind, daß sich der CGD-Anteil an den Betriebsräten der Metallindustrie - prozentual gesehen - über den Stand der Betriebsrätewahlen 1961 mit 1,6 Prozent trotz erheblicher Anstrengungen kaum wesentlich erhöhen dürfte. Diejenigen also, die damit rechnen, daß die CGD die Aktionsfähigkeit der IG Metall kommen könnte, sollten sich des tatsächlichen Kräfteverhältnisses in den Betrieben bewußt sein.

+ + +

Peinlich

Zum Verschwinden von Rajakovic

sp - Der Fall des früheren Mitarbeiters von Eichmann, Rajakovic, ist für die Behörden der Bundesrepublik mehr als peinlich, er ist zutiefst beschämend. Wo bleibt da die Wachsamkeit, die sich - am falschen Platz - beim Spiegelredakteur Konrad Ahlers so hervorragend bewährte? Alle Welt spricht seit Wochen über den schändlicher Vertretenen angeklagten Mann. In Italien war er unerwünscht, aus der Schweiz wurde er ausgewiesen, er flog von dort nach München und konnte ungehindert verschwinden. Liest das Bundesinnenministerium keine Zeitungen? Hat es nicht gewußt, welche unheimliche Rolle der einstige Mitarbeiter eines Massenmörders spielte? Warum wurde er, als er auf dem Münchener Flugplatz landete, nicht sofort festgenommen? Hier liegt ein Versagen vor, das durch nichts entschuldigt werden kann. Vielleicht konnte Rajakovic, mit falschen Pässen versehen, die Bundesrepublik wieder verlassen, es gibt ja auch Menschen, die in seiner früheren Tätigkeit nichts Abscheuliches sehen. Wie hätte auch sonst ein Dr. Eisele, der Frauen in Konzentrationslagern zu Tode quälte, vor Jahren von München aus verschwinden können? Was hier wiederum erschreckt, ist die Unfähigkeit mancher Behörden, von der Bundesrepublik Schlimmes abzuwehren. Würde sich der Eindruck verdichten, daß solche Subjekte wie Rajakovic bei uns ihrer gerechten Bestrafung durch Gewährung von Unterschlupf entgehen können, dann wäre es schon schlecht genug. Wer immer für die sträfliche Nachlässigkeit - um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen - verantwortlich sein mag, muß zur Rechenschaft gezogen werden. Er hat das Ansehen der Bundesrepublik geschädigt und mühsam erworbenes Vertrauen verspielt. Hier hört jede Toleranz auf.

* + *

Vor zwanzig Jahren

Der grosse Aufstand im Getto von Warschau am 19. April 1943

Das Ereignis, dessen wir heute gedenken, wurde in keinem Wehrmachtsbericht verzeichnet. Vor zwanzig Jahren, am 19. April 1943, erhoben sich die Überlebenden des Warschauer Gettos in einem bewaffneten Aufstand gegen die SS. Schon im Sommer 1942 waren an die 400 000 Menschen, durch ein ausgeklügeltes System von Lüge und Terror eingeschüchtert und irreführt, zur Vergasung in die Todeslager deportiert worden. Nun sollten auch die letzten, Arbeiter kriegswichtiger Betriebe und ihre Familien, die bisher zurückgestellt worden waren, ihren Angehörigen und Nachbarn in den Tod folgen. Aber diesmal erwartete die Menschenfänger erbitterter Widerstand. Eine illegale Armee jüdischer Partisanen stand ihnen gegenüber, Familienväter, junge Männer und Mädchen, entschlossen zum Kampf für ihr Recht, zu leben oder wie ein Mensch zu sterben.

Als die Truppen der Waffen-SS, unterstützt von Wehrmacht und Polizei, mit Panzern und Flammenwerfern in das Getto einbrachen, wurden sie mit Pistolenschüssen und den sogenannten Molotowcocktails zurückgeschlagen. Gezieltes Artilleriefeuer war die Antwort. Aber der Widerstand ließ nicht nach. Daraufhin begann die SS, das Getto systematisch, einen Strassenzug nach dem anderen, niederzubrennen. Tausende von Frauen und Kindern kamen in den Flammen um. Wer aus dem Fenster sprang, wurde von den auf der Strasse wartenden SS-Männern erschossen. Fast ohne Waffen, mit der Kraft der Verzweiflung, verteidigte die Jugend des Gettos jedes Haus, jede Ruine, jeden Keller. Achtundzwanzig Tage und Nächte währte die ungleiche Schlacht. Für die meisten endete sie mit dem Tod. Diejenigen, die nicht im Kampf fielen, wurden nach Treblinka in die Gaskammern verschleppt.

65.000 Menschen hat die SS nach eigenen Angaben allein in diesen Tagen ermordet. Nur wenige konnten durch die Kanalisation aus dem brennenden Kessel entkommen. Aber der Aufstand bewies Unterdrückten und Unterdrückten, daß Selbstachtung und menschliche Würde auch inmitten von Mord und Brutalität nicht gänzlich ausgerottet werden können. In anderen Gettos und sogar in einigen Vernichtungslagern folgte man dem Warschauer Beispiel. Von ihm ging eine moralische Kraft auf die Widerstandsbewegung in allen besetzten Ländern Europas aus, weil er zeigte, daß die Macht des Feindes nicht unbegrenzt war und daß sie ein Ende finden würde.

Heute, in einer Welt voll ganz anderer Probleme und neuer Gefahren für das Leben der gesamten Menschheit, steht noch immer die alte Forderung der Gleichberechtigung aller Menschen und Völker ungelöst auf der Tagesordnung. Wir können das Andenken der Toten des Warschauer Gettos nicht besser ehren, als in ihrem Geist zu handeln.

Mittelpunktschulen

Im Zentralpunkt kayerischer Schulpolitik

Rw- Es gibt wohl kaum in der Bundesrepublik ein so kompliziertes innenpolitisches Thema wie die bayerische Schulpolitik. Sie ist von zwei Faktoren entscheidend bestimmt, die alte bayerische Landschultradition und ihr ausgeprägt konfessioneller Charakter. Die alte bayerische Landschultradition machte aus dem Lehrer bis 1919 ausserhalb der größeren Städte einen subalternen Helfer für die Gemeindeganzlei und den Ortspfarrer, wenn er auch mit diesem gelegentlich im Dorfwirtschaftshaus Karten spielen durfte. Die von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Johannes Hofmann nach dem Sturz der Münchener Räterepublik 1919 durchgesetzte Schulreform ergab für die Landlehrer erhebliche Verbesserungen hinsichtlich Ausbildung und Berufsstellung, entspricht aber eigentlich immer noch nicht modernen pädagogischen Vorstellungen. Hinzu kam, daß bis auf den heutigen Tag nicht nur für das letzte Schuljahr gewisse Befreiungen vom Unterricht für Erntearbeiten vorgesehen sind, sondern in der Praxis, besonders bei Junglehrerinnen die Kinder allzu oft von den Eltern aus Gründen der Mithilfe auf Feld und Hof entschuldigt werden und Lehrer oder Lehrerinnen selten die Möglichkeit haben, sich hinsichtlich des regelmässigen Schulbesuchs durchzusetzen.

Absonderliche Blüten

Die Konfessionalisierung des Unterrichts, die nach der NS-Gleichschaltung mit der Anerkennung des Konkordats und des Kirchenvertrages mit der Lutherischen Landeskirche wieder einsetzte, treibt in Bayern absonderliche Blüten. Diese beiden Verträge stammen aus dem Jahre 1924. Inzwischen hat sich aber die Bevölkerungsstruktur durch den Flüchtlingsstrom und die Industrialisierung so verändert, daß die konfessionelle Regelschule meist diesem Begriff gar nicht entspricht, denn es gibt immer wieder "andersgläubige" Kinder in ihnen. In den Großstädten verschärft die konfessionelle Trennung den Lehrermangel. Die auf Antrag zu errichtende Gemeinschaftsschule vereinfacht gelegentlich die Lage, hat sich aber nicht überall durchgesetzt.

Auf dem-Lande hat die SPD kürzlich festgestellt, - gibt es nur sieben Dorfschulen im ganzen Lande Bayern, in denen die offiziell als

Konfessionsschulen bezeichneten Unterrichtsstätten wirklich nur der betreffenden Konfession angehören. Aus dieser Lage entstehen dann sonderbare Auffassungen auf der einen wie auf der anderen Seite. So hat kürzlich der evangelische Landesbischof Dietzfelbinger ganz ernsthaft erklärt, auch das Turnen müsse bei den Lehrerstudenten nach Konfessionen getrennt erfolgen. An der interkonfessionellen Pädagogischen Akademi in München-Pasing hat es nämlich vor einiger Zeit Aufsehen erregt, daß Turnen, Schwimmen und musische Fächer - was im Lehrerbildungsgesetz nicht vorgesehen ist - nach Konfessionen getrennt gelehrt werden. Auf der anderen Seite gibt es ein Werkbuch für die katholische Berufsschuljugend, in dem man lesen kann: "Ich will einen Umgang mit Andersgläubigen vermeiden, der zur Ehe führen kann."

Und das, während dem Kardinal Bea, der bei der Kurie in Rom das Sekretariat für christliche Einheit verwaltet, in Boston, Massachusetts für seine Bemühungen um diese Frage der Ehrendoktor verliehen wird!

Kultusministerium im Gegensatz zu Kardinal Döpfner

Nun kommt der Kampf um die Mittelpunktschule. Man versteckt darunter in Bayern, wie in anderen Ländern der Bundesrepublik, Schulen, die für mehrere Orte errichtet werden. Damit könnte man dem großen Problem der ein- oder zweiklassigen Schulen auf dem Lande beikommen. Zur Diskussion wurde diese Frage von den Sozialdemokraten im bayerischen Landtag gestellt, die anfragten, warum eigentlich noch keine Durchführungsverordnung zu dem im Jahre 1961 beschlossenen Schulverbandsgesetz erlassen wurde. Im Unterrichts- und Kultusministerium ist man ausserordentlich schwerhörig in dieser Hinsicht. Offenbar ist die Devise: "So etwas hat es doch früher auch nicht gegeben, also, warum jetzt solche Neuerungen einführen?" Dabei geraten Minister und Ministerium sonderbarerweise sogar in Gegensatz zu dem Münchener Kardinal Döpfner, der zu dieser Frage eindeutig erklärte, man könne sich auch von seiten der katholischen Kirche nicht gegen eine Entwicklung stemmen, die praktisch nicht aufzuhalten sei. Möglicherweise dachte er auch daran, bei Mittelpunktschulen konfessionell weniger gemischte Klassen aufbauen zu können. Sicher aber ist, daß bei dieser Diskussion um die Mittelpunktschulen die bayerische Regierung eine wesentlich konservativere Haltung einnimmt als der prominente Sprecher der katholischen Kirche.

Die geistigen Werte

Von Paul Leeman

Der Alfons Bennewald hat gesagt, er will jetzt endlich etwas gegen das Materielle tun. Seine Frau, die Lisa, fand das sehr in Ordnung und deshalb sind Alfons und Lisa zu den Schwiegereltern gefahren. Das ist etwas für's Gefühl und deshalb gegen das Materielle, hat die Lisa gesagt. Man soll nichts gegen den richtigen Geist sagen. Wenn man denkt, daß die Schwiegereltern ein kleines Häuschen mit Grundstück haben - in absehbarer Zeit ist das mindestens seine 60.000 Eier wert - und andere Kinder sind nicht da ...

Mit dem Bus sind sie dann losgezockelt. Der Lisa haben die neuen Osterschuhe weh getan und die eine Korsettstange hat auch gedrückt. Der Kragen von Alfons Hemd hat gescheuert, weil die Lisa wiederum zuviel Stärke beim Bügeln genommen hat. Aber das macht nichts. Wozu ist schließlich Ostern? Man kann doch nicht immer wie in der Woche rumlaufen, die Nachbarn würden hämisch lachen, wo doch die sowieso schon den TV mit zwei Kanälen haben und die Lisa und der Alfons nicht.

Der Bus zuckelt und regt den Geist an. - Sag mal Alfons, warum mußt Du jetzt an's Geistige denken? - Lisa, Du verstehst auch rein gar nichts von der großen Politik. - Aber Alfons, Du hast doch selbst gesagt, daß damit Schluß ist, als sie Dich als Kinderbemittelter eingestuft haben. Jetzt fängste wieder an.

Lisa, sei ruhig, das heißt nicht Kinderbemittelter, das heißt Kinderbelasteter. Natürlich verstehste nichts davon, da stehste ja wieder mal.

Ja aber Alfons, warum jetzt das Geistige? Du hast doch immer gesagt, jetzt kümmerst Du Dich nur noch um die Piepen. Hast Du gesagt. Und Du hast auch gesagt, der Erhard, der ist richtig. Der mit der Zigarre zu 90. Hast Du gesagt, oder nicht? Eigentum für alle - haste mir neulich noch vorgelesen. Das ist doch ganz materiell. Und jetzt willstest auf einmal geistig reden. Hat er das auch gesagt?

Lisa hör auf, natürlich hat er das gesagt. Die Begehrlichkeit ist an allen Schuld, und daß sie immer mehr verdienen wollen. Lisa, das meint der Erhard mit dem Geistigen und nicht Eigentum für alle. Das hat der Blank gesagt. Kapiertest Du endlich? Das hat doch mit Politik nichts zu tun das steht über den Parteien. Aber dazu biste ja zu blöde.

Aber Alfons, wie kannstest so mit mir reden, wo Du doch selber immer gesagt hast, der Erhard, der ist richtig, der läßt alle verdienen. Mit die Steuern, und mit die Aktien und mit noch mehr Eigentum für alle.

Lisa, du machst mich fertig. Das hat er doch immer bloß gesagt, weil er mußte, Jetzt hat er gesagt, er war immer dagegen. Und das hat er jetzt gesagt, weil der Adenauer in Cadenabbia ist und weil die andern ihn immer überstimmt haben. Jetzt kann er auspacken, wo doch der Alte gesagt hat, er will im Herbst seinen Posten aufgeben.

Verstehste endlich das mit den geistigen Worten und so ?

Mach Dich fertig, wir sind gleich da.

Pyramide mit morschem Unterbau

Alltag in Griechenland
Von Dr. B. Nathiopoulos

Dem aufmerksamen Beobachter, der heute Athen besucht und die dortigen Verhältnisse nicht nur mit den Augen eines Touristen oder eines offiziellen Gastes der Regierung sieht, stellt sich die allgemeine Lage folgendermaßen dar.

Nachdem die Regierung Karamanlis seit nunmehr acht Jahren Griechenland regiert und sich die gesamte Verwaltung zum Organ der regierenden Partei entwickelte, gleicht der griechische Staat einer Pyramide, deren Spitze zwar aus Stahl und Eisen zu bestehen scheint, deren Unterbau jedoch morsches und verrottetes Holz bildet. Das bedeutet: Das Regime ist stabil, der Staat befindet sich aber in der Auflösung. Denn die innenpolitische Lage ist alles andere als sicher zu nennen, der Bürger verliert das Vertrauen zu seiner Regierung, der Verwaltungsapparat ist antiquiert, sozialpolitisch liegt vieles im Argen und die Gesellschaft löst sich auf.

1910 - letzte "Modernisierung" der Verwaltung

Der Verwaltungsapparat wurde zuletzt 1910/1920 einer Modernisierung unterzogen. Nach dem Krieg versäumte man es, die notwendige Anpassung an die veränderten Verhältnisse vorzunehmen. So kommt es, daß die griechische Verwaltung veraltet ist an Jahren und hinsichtlich ihrer Einstellung zu ihren Aufgaben. Hinzu kommt die Diskrepanz zwischen den Gehältern einer dünnen Schicht höchster Staatsbeamter, die mittels verschiedener Manipulationen bis zu 15.000.-- DM im Monat verdienen, und der gewöhnlichen Besoldung eines auf wissenschaftlichem Gebiet tätigen Ministerialrats, der sich mit DM 400.-- im Monat für sich und seine Familie begnügen muß.

Aufstand des akademischen Proletariats

Die Regierung spricht in höchsten Tönen von der ununterbrochen fortschreitenden Steigerung des Sozialeinkommens und "beweist" mit Statistiken den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes. Doch sie verschweigt, wer eigentlich an der Erhöhung des Sozialeinkommens wirklich teilhat. Sie erklärt nicht, in welcher verzweifelter Lage sich z.B. die Akademiker Griechenlands befinden und warum sie sich gezwungen sehen, zu äußersten Mitteln zu greifen. In den letzten drei Monaten traten die Rechtsanwälte, alle Ärzte und sämtliche Gymnasial- und Volksschullehrer in den Streik. Die griechischen Gerichte waren für zwei Tage verwaist. Die Krankenhäuser blieben fünf Tage - abgesehen von einem Notdienst - ohne Ärzte. Die Schulen mußten drei Wochen lang schliessen. Die Forderungen, die die Akademiker stellen, sind gerechtfertigt; denn nach Jahren leerer Versprechungen sahen sie sich gezwungen, einen Kampf der Verzweiflung um die Verteidigung ihrer Menschenwürde zu führen.

"Triumph der Statistik"

Es sind also nicht nur die ohnehin unzufriedenen Arbeiter und Bauern, die von der Regierung Karamanlis das Ende ihrer Verelendung fordern. Es sind nicht die Emigranten, die wegen der im Lande herrschenden Unterbe-

schäftigung und Arbeitslosigkeit ausgewandert sind. Und es sind nicht die Absolventen der Hochschulen, die Klage führen über die heute in einem demokratischen Lande unübliche Ungleichheit der Startmöglichkeiten. Vielmehr hat die fortschreitende Entwicklung dieser Zustände ein Stadium erreicht, wo mitten im Leben stehende Akademiker einfach nicht mehr weiterexistieren können. Der Führer der griechischen Opposition, Papandreu, hat die Lage zusammenfassend so gekennzeichnet: "Wir stehen einerseits vor einem Triumph der offiziellen Statistiken, andererseits aber vor der Verelendung der Menschen."

"200 Familien"

Dem aufmerksamen Beobachter bietet sich noch ein anderes Bild. Es ist das Nachtleben von Athen. Jeden Abend füllen sich die Luxushotels und Schlemmerlokale, wo die das Wirtschaftsleben des Landes kontrollierenden 200 Familien sinnlos und provokatorisch den Überfluß der Ölscheichs um sich her austreuen. Die Regierung Karamanlis kann stolz darauf sein, im Schatten der Akropolis einer Goldgräberstadt zum Entsetzen verholten zu haben, wo jede Spur der Erinnerung an die glänzende Tradition des griechischen Staates fehlt und statt dessen Halb- und geistige Mittelmaßigkeit und Schmarotzertum den Ton angeben.

"Grosse Werke"

Die Regierung begnügt sich in dem Gedanken an die gewaltigen Investitionen, die sie zum Nutzen der Wirtschaftsentwicklung vornimmt, und an die grossen "Werke", die sie baut. Welches sind nun die Werke, die da ohne Programme und ohne Rücksicht auf die Dringlichkeit der Objekte errichtet werden? Es sind u.a. drei Zuckerfabriken, deren Produkte mehr kosten als früher importierte Zucker. Es ist der nach künstlerischen Gesichtspunkten neugestaltete Omorcia-Platz, dessen Anlage 15 Millionen DM verschlang - dreifach mehr, als anfangs geplant. Da ist ein Luxushotel auf dem Berg Paros oberhalb Athens, das gleichfalls 15 Millionen DM gekostet hat und ständig leer steht, da die Griechenland-Touristen natürlicherweise das Meer dem Blick auf Tannenbäume, den sie anderswo auch genießen können, vorziehen. Allerdings verbringen die Mitglieder der Regierung ihr Wochenende in den leeren Sälen des Hotels. Eine Erweiterung wurde vor kurzem beschlossen.

"Illegale Regierung"

Unter diesen Umständen gewinnt die Erklärung des Oppositionsführers Papandreu an Bedeutung, der betont, daß der Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie solangeunerbittlich fortgeführt wird, bis neue, diesmal freie Wahlen im Lande durchgeführt werden. Papandreu hat dem König kürzlich in einem langen Schreiben den Verfassungsbruch der Regierung Karamanlis dargestellt und Wege zur Rückkehr in eine politische Stabilität gezeigt. Die Antwort war, daß Karamanlis, nachdem er 2 1/2 Stunden beim König war, erklärte, die Regierung genieße das Vertrauen von König und Volk und werde ihre Arbeit fortführen. Papandreu stellte daraufhin in lakonischer Kürze fest: "Aus der Regierungserklärung geht hervor, daß das Staatsoberhaupt leider mit der illegalen Regierung identifiziert wurde."